

## **Lebensleistung würdigen – solidarisch absichern – für die Rente mit 65**

Die SPD muss für eine zukunftsweisende und solidarische Rentenpolitik stehen, die allen Menschen in unserer Gesellschaft, egal welchen Alters, ein menschenwürdiges Leben und eine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht und die Lebensleistungen älterer Menschen anerkennt und würdigt. Wir brauchen einen gerechten Sozialstaat auf der Höhe der Zeit. Der Sozialstaat wirkt als Motor für gesellschaftliche Veränderungen, schafft Teilhabe für alle und sichert die großen Lebensrisiken ab. Dabei muss eine zukunftsfähige Rentenpolitik den veränderten Altersaufbau der Gesellschaft anerkennen, darf aber nicht blind sein für die Realitäten und Ängste unterschiedlicher Berufsgruppen und Bevölkerungsgruppen.

Gerade der Beschluss, das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre zu erhöhen, weckt bei vielen Menschen die Sorge vor steigender Altersarmut. Die Menschen sorgen sich zu Recht um die Auswirkungen dieser Maßnahme auf ihre Altersversorgung, wenn einerseits nur ein geringer Teil der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist und andererseits viele Menschen in Berufen mit hohen physischen und psychischen Anforderungen arbeiten, die ein Erreichen des künftigen abschlagsfreien Renteneintrittsalters in gutem gesundheitlichen Zustand unmöglich erscheinen lassen.

Angesichts der fehlenden Beschäftigungschancen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirkt die Rente mit 67 als faktische Rentenkürzung und Weg in die Altersarmut.. Die Diskussion um die Rente mit 67 hat die Glaubwürdigkeit der SPD beim Thema soziale Gerechtigkeit stark beschädigt, wie Analysen der Bundestags-, aber auch der Thüringer Landtagswahlen zeigen.

Die Voraussetzungen für eine Anhebung des Rentenalters auf 67 sind nicht gegeben:

- \* Ältere am Arbeitsmarkt haben geringe Chancen auf eine Wiedereinstellung. Die Altersdiskriminierung ist noch immer eine weit verbreitete Realität.
- \* Auch die Arbeitsbedingungen sind für viele Beschäftigte – besonders konzentriert in bestimmten Berufs- und Qualifikationsgruppen – weit entfernt von dem, was man als alters- und altersgerechte Arbeit voraussetzen muss. Verbesserungen sind nicht sichtbar – vielmehr stagnieren z. B. die Anstrengungen in der betrieblichen Weiterbildungsförderung.
- \* Die Weiterbildungsförderung ist hoch selektiv – gerade geringer Qualifizierten kommt sie am wenigsten zugute. Die betriebliche Gesundheitsförderung ist in zu wenigen Betrieben Realität. Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung erfolgen in den wenigsten Betrieben altersgerecht.
- \* Nur ein kleinerer Teil der Beschäftigten geht „übergangslos“ in Rente. Zwischen Erwerbsaustritt und Renteneintritt schieben sich bei der Mehrheit der Altersübergänge Zeiten der Arbeitslosigkeit, der Nichterwerbstätigkeit oder in atypischer Beschäftigung.

Unter diesen Bedingungen zeigt sich bereits heute – gerade auch aus den Erfahrungen mit den Arbeitsmarkt- und Rentenreformen der letzten Jahre heraus –, dass diejenigen Beschäftigten, die nicht bis zum 65. Lebensjahr in ihrer Tätigkeit arbeiten können, hohe Rentenabschläge in Kauf werden nehmen müssen.

Der gesellschaftliche Produktivitätsfortschritt muss sich auch in mehr Zeitautonomie niederschlagen. Unser Ziel ist nicht ein höheres Renteneintrittsalter – sondern mehr gesunde Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer.

Wir müssen zu einer sozialdemokratischen Sozialpolitik zurückfinden, die den Interessen der abhängig erwerbstätigen Bevölkerung nach einer verlässlichen Zukunftssicherung gerecht wird.

Ein **gutes, gerechtes Rentensystem** muss in unseren Augen:

**Gesamtgesellschaftlich getragen sein:**

Wir lehnen eine Denkweise nach dem Motto: Wenn jede und jeder an sich denkt, ist an alle gedacht, strikt ab – auch in der Rentenpolitik. Eine Privatisierung der Risiken im Alter darf es nicht geben. Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, verdienen es, im Alter von der Gesellschaft getragen zu werden. Eine existenz- und teilhabesichernde gesellschaftlich, mithin staatlich, organisierte Rente ist das Recht aller und damit eine Pflichtaufgabe für die Politik.

**Solidarisch finanziert werden:**

Eine zukunftssichere Rente kann es nur dann geben, wenn sich alle gesellschaftlichen Gruppen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung beteiligen. Eine einseitige Lastenverteilung ist nicht nur ungerecht, sie ist auch der Tod eines jeden Rentensystems.

**Altersarmut verhindern:**

Dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, im Alter damit rechnen müssen in Armut zu leben, ist für uns ein unhaltbarer Zustand. Eine gute Rentenpolitik muss dafür sorgen, dass ein menschenwürdiges Leben und eine Teilhabe an der Gesellschaft im Alter für alle möglich sind.

**Mit guter Lohnpolitik verbunden sein**

Die Höhe der Renten hängt maßgeblich von der Entwicklung der Löhne ab. Die Höhe der Löhne heute bestimmt die Höhe der ausgezahlten Rente heute und bestimmt gleichzeitig die Höhe des Rentenanspruchs in der Zukunft. Armutslöhne leeren die Rentenkassen und bringen Altersarmut. Deshalb braucht eine gute Rente gute Löhne. Dazu müssen wir das Lohngefüge, z.B. durch die Stärkung der Flächentarifverträge und durch Mindestlöhne stabilisieren, und Leiharbeit und Niedriglöhne massiv einschränken.

**Leistungen würdigen:**

Bei der Diskussion über eine soziale Absicherung im Alter muss stets auch mitgedacht werden, dass über Menschen diskutiert wird, die auf die vielfältigsten Arten und Weisen ihr Leben lang Leistungen für die Gesellschaft erbracht haben. Dem muss Rechnung getragen werden – auch bezüglich der Höhe der Rentenzahlungen. Eine weitgehende Sicherung des Lebensstandards der Rentenbeziehenden ist auch in Bezug auf soziale Gerechtigkeit grundlegend notwendig.

**Geschlechtergerecht sein:**

Die Diskriminierung von Frauen macht auch vor der Alterssicherung zurzeit nicht halt. Ein häufig durch Brüche und nicht selten von Prekarität geprägtes Erwerbsleben vieler Frauen sorgt oft genug dafür, dass sie im Alter von Armut betroffen oder nicht eigenständig abgesichert sind. Dem muss eine progressive Rentenpolitik dringend Einhalt gebieten und hier Abhilfe schaffen.

**Alle Menschen absichern:**

Nicht nur auf der Finanzierungsseite des Rentensystems müssen alle Menschen einbezogen werden, sondern auch vor allem auf der empfangenden Seite. Auch Selbstständige, die ihrerseits auch oft genug im Alter vor massiven Absicherungsproblemen stehen, müssen im Alter von der Gesellschaft getragen werden.

**Flexible Übergänge in die Rente schaffen:**

Das Alter, in dem Menschen aus dem aktiven Berufsleben aussteigen oder zumindest kürzer treten wollen und müssen, ist höchst individuell und von den jeweiligen Lebens- und Arbeitsumständen abhängig. Deshalb muss das Renteneintrittsalter individuell flexibel gestaltbar sein. Die Altersteilzeit und ein erleichterter Zugang zu Erwerbsminderungsrenten können dabei den gleitenden Übergang in den Ruhestand zu ermöglichen.